



Es knirscht im Getriebe

Der Berliner Garten- und Landschaftsbau war im Herbst völlig ausgelastet

Bislang kommt so etwas eher selten vor: Der Bezirk schreibt einen Bauauftrag aus und nur eine Firma antwortet – mit extrem überhöhten Preisvorstellungen. In diesem Herbst durfte nicht nur Spandau diese Erfahrung machen; auch in anderen Berliner Bezirken kamen Ausschreibungsverfahren ins Stocken: Im Garten- und Landschaftsbau waren die Kapazitäten der Berliner Wirtschaft ausgeschöpft.

Im »Aktiven Zentrum Wilhelmstadt« sollte eigentlich noch in diesem Jahr der erste Abschnitt der geplanten Wegeverbindung zwischen dem Metzger Platz über den Burgwallgraben zum Havelufer hin fertig gestellt werden. Daraus wird jetzt mangels geeigneter Bewerbungen nichts: Die Ausschreibung wurde daher zurückgezogen und auf das kommende Jahr verschoben. Die bereit gestellten Mittel konnten für vorgezogene Maßnahmen an anderen Stellen eingesetzt werden, für Vermessungsarbeiten zum Beispiel. So weit, so gut, es entstand kein Schaden. Die Frage ist, ob im nächsten Jahr die Ausschreibung mehr Erfolg hat.

Schnellschussprogramm des Senats

Die Chancen sind nicht schlecht. Denn die Zustände im Herbst waren eine Ausnahmesituation, der Markt war übersättigt. Das kam so: Erst im April 2014 hatte der Senat von Berlin auf Drängen der Bezirke ein »Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm« beschlossen. 10 Millionen Euro wurden dazu den Bezirken für dieses Jahr und weitere 10 Millionen für 2015 zur Verfügung gestellt. In Spandau wurden aus diesen Mitteln in diesem Jahr insgesamt sechs Spielplätze saniert: der Platz am Spektegraben am Hohenzollernring etwa, der schon seit langem aus Verkehrssicherheitsgründen gesperrt war, oder der am Paula-Hirschfeld-Steig in Hakenfelde, dessen Rutschsturm nicht mehr betriebsfähig war. In der Wilhelmstadt wurde im Südpark mit der Wiederherstellung des Wasserspielplatzes begonnen, am Elsfl ether Weg wurde ein Spielplatz mit neuen Einzelgeräten ausgestattet. Auch in den anderen Bezirken fand Ähnliches statt.

Auch der Spielplatzbau hat seine Unwägbarkeiten. Beim Neubau des Spielplatzes Adam-/ Jägerstraße zum Beispiel brach die Begrenzungsmauer zum Nachbargrundstück der Melanchthongemeinde teilweise zusammen, obwohl sogar zwei statische Gutachten die Mauer-Standfestigkeit attestiert hatten. Der Schaden wurde (mit viel Mühe und Aufwand) repariert, die Mauer ist nun wieder hergestellt. Sie soll in die künftige Gestaltung des Spielplatzes mit Bauernhof-Motiven einbezogen werden.

Doch solche Arbeiten müssen öffentlich ausgeschrieben werden, und das erfordert Zeit. Doch die Abrechnungen mussten schon bis Ende November erfolgen. So kam es dazu, dass in diesem Herbst die Berliner Betriebe des Garten- und Landschaftsbaus von einer Auftragsflut überschwemmt wurden. Nach Angaben des zuständigen Fachverbandes beträgt der gesamte Jahresumsatz der Branche in Berlin rund 140 Millionen Euro. Da haben die 10 Millionen aus dem Spielplatzsanierungsprogramm, zusammengequetscht auf zwei bis drei Monate, Kapazitätsprobleme verursacht. Das sieht auch der Verband: »Uns erreichen deshalb ständig Beschwerden. Wenn der Senat es erlauben würde, die Mittel mit ins nächste Haushaltsjahr zu nehmen, dann hätten wir diese Probleme nicht,« meint der Hauptgeschäftsführer des Fachverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Berlin-Brandenburg, Oliver Hoch.

Mit Preissteigerungen ist zu rechnen

Im Jahr 2015 können die Aufträge jedoch über das Jahr verteilt werden. Deshalb hoffen die Bezirke, dass der Markt dann wieder normal funktioniert. Auf der anderen Seite jedoch zieht die Baukonjunktur in Berlin deutlich an. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden laut Statistischem Landesamt Baugenehmigungen für insgesamt rund 2,9 Milliarden Euro erteilt – fast 20% mehr als im Vorjahreszeitraum. Den größten Anteil daran hat zwar der Wohnungsneubau. In Spandau etwa wurden 485 Neubauwohnungen genehmigt, mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2013. Aber auch im Garten- und Landschaftsbau steigt die Nachfrage. »Wir müssen mit Preissteigerungen rechnen,« meint Oliver Hoch, »denn qualifizierte Mitarbeiter zu finden, wird immer schwerer. Mit den Tarifen von Berlin und Brandenburg kann man keine Fachkräfte aus Süd- oder Westdeutschland anwerben.«

Aber nicht nur die starren Regeln der öffentlichen Haushaltsführung können zu Überlastungen und damit zu Preissprüngen führen. Auch die weitverbreitete Unsitte, Aufträge erst kurz vor der Umsetzungsphase auszuschreiben, kann die Preise (nicht nur) für öffentliche Bauvorhaben nach oben treiben. Denn Unternehmen kalkulieren lieber in längeren Zeiträumen: Aufträge, die man kurzfristig erledigen muss, sind zwar in Zeiten der Flaute manchmal ein Rettungsanker, für den man auch mal mit dem Preis herunter geht. Wenn die Auslastung aber steigt, dann verlangen sie zusätzliche Anstrengungen, man muss von irgendwoher Personal und Material organisieren. Das wird dann teuer.

CS